

GESAMTMETALL

Die Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie

Es gilt das gesprochene Wort!

Gemeinsames sozialpartnerschaftliches Krisenmanagement fortsetzen

Martin Kannegiesser

Präsident Arbeitgeberverband Gesamtmetall

Neujahrs-Pressegespräch

Gesamtmetall

19.01.2010

10117 Berlin, Vossstrasse 16

Wie es inzwischen Tradition geworden ist, wollen wir Ihnen zu Beginn des neuen Jahres wieder einen Ausblick auf die wirtschaftliche Lage in der Metall- und Elektro-Industrie geben – und auf die Konsequenzen, die sich daraus nach unserer Meinung für die Tarifparteien und möglicherweise den Gesetzgeber ergeben.

1 Lage und Perspektiven der M+E-Industrie

a) Lage

Ich erinnere mich noch gut an die Industriemesse in Hannover im April 2008. Sie ist traditionell ein wichtiger Seismograph für das Investitionsverhalten der Unternehmen. Unser Wirtschaftszweig ist ja zu 80 Prozent Lieferant von Investitionsgütern. Im Kreis der Branchen-Vertreter auf der Messe herrschte beinahe grenzenloser Optimismus – und das war durchaus nachvollziehbar: Die Industrieproduktion brummte, die Auftragsbücher waren voll. Von einer Finanzkrise war noch keine Rede. Als Pessimist fiel auf, wer mit einer Delle bei der Konjunktur rechnete. Auch die Gewerkschaften orientierten sich an der guten Stimmung. Sie hatten das Gefühl, im Aufschwung zu kurz gekommen zu sein – entsprechend hoch waren ihre Forderungen.

Heute, 21 Monate später, klingt das nach Erzählungen aus einer anderen Welt. Und ehrlich gesagt: Es *sind* Momentaufnahmen aus einer anderen Welt. Die Krise der Metall- und Elektro-Industrie ist in der Nachkriegsgeschichte ohne Beispiel. Die Branche musste 2009 einen tiefen Einbruch ihrer wirtschaftlichen Aktivitäten hinnehmen – den schlimmsten Absturz seit 1945.

In der vergangenen Woche kam die amtliche Bestätigung, nach der die Wirtschaft insgesamt im vergangenen Jahr um 5 Prozent eingebrochen ist. Ich meine das nicht zynisch, wenn ich sage: Ich würde mich sehr freuen, wenn unsere Branche mit so einem blauen Auge davon gekommen wäre.

Zwar hat die M+E-Industrie insgesamt bei Auftragseingängen, Produktion und Kapazitätsauslastung ihren Tiefpunkt überwunden und rappelt sich nun langsam wieder auf. Doch müsste unser Auftragseingang um 35 Prozent wachsen, um wieder auf dem Niveau von vor der Krise zu sein. Bei der Produktion sind es 30 Prozent – sie hat im dritten Quartal gerade einmal den Stand von 2003 erreicht.

Natürlich freuen wir uns über jedes noch so kleine Zeichen der Besserung. Doch dürfen wir diese Zeichen nicht fehlinterpretieren: Wenn die gesamte Seilmannschaft am Berg abgestürzt ist und sich mühsam wieder in das untere Basislager hochkämpft, ist sie dem Gipfel nicht viel näher gekommen. Es wird noch lange – mindestens bis 2012 – dauern, bis die M+E-Industrie wieder alte Höhen erklommen hat. Was derzeit an erfreulichen Meldungen kommt, bedeutet also kein Plus – sondern nur, dass das Minus kleiner wird.

b) Perspektive

Ich würde sehr gerne heute vor Ihnen sitzen und mit gutem Gewissen erklären, dass der in den nächsten Monaten vor uns liegende Weg zwar langsam, aber stetig zurück nach oben führt. Natürlich wünsche ich mir das. Wünschen alleine wird aber nicht reichen, fürchte ich. Denn niemand kann vorhersagen, wie sich Banken und Rating-Agenturen nach Ablauf des Bilanzjahres 2009 gegenüber den Unternehmen verhalten werden. Gerade dann, wenn ein Betrieb neues Kapital am nötigsten hat, wirkt sich eine zögerliche Kreditvergabe am schlimmsten aus.

Und das ist bei weitem nicht die einzige Gefahr; weitere Risiken kommen hinzu: Auslaufende staatliche Konjunkturprogramme, steigende Arbeitslosigkeit, die Aufwertung des Euro gegenüber dem Dollar (bei fehlenden Spielräumen für Preiserhöhungen), eingeschränkte Investitionen – das alles bedroht den Weg zurück aus der Krise in 2010. Wir bewegen uns also auf äußerst dünnem Eis.

Diese Unsicherheit müssen unsere Unternehmen mit nachhaltig geschwächter Substanz bewältigen. Die Beschäftigungssicherung – dazu gleich mehr – hat enorme Reserven verzehrt. Die Widerstandskräfte sind entsprechend geschwächt – und es macht einen Riesenunterschied, ob ich topfit durch den Schneeregen marschiere oder ob ich schon eine Lungenentzündung habe. Kurz gesagt: 2010 wird für viele M+E-Betriebe deutlich schlimmer als 2009.

Das sieht übrigens auch die IG Metall so. Selten habe ich erlebt, dass beide Seiten in der Lagebeurteilung derart übereinstimmen.

2 Beschäftigung

Eines ist in dieser Krise anders als in allen Krisen zuvor: Auf die Arbeitsplätze ist die Krise bisher kaum durchgeschlagen. Dahinter steckt vor allem die Entscheidung der Unternehmen, so viel Beschäftigung so lange wie möglich und wirtschaftlich vertretbar zu halten.

Unsere Unternehmen wollen eingespielte Teams zusammenhalten und verhindern, dass wertvolles Know-how verloren geht. Nur dann können sie sofort wieder am Aufschwung teilhaben und von der Belebung profitieren. Aber auch, weil zu wenig gute junge Arbeitskräfte nachkommen und der Fachkräftemangel zu einem immer wichtigeren Wettbewerbsfaktor wird.

Deshalb haben die deutschen M+E-Unternehmen stärker auf Beschäftigungssicherung gesetzt als ihre ausländischen Wettbewerber:

- Im 1. Quartal 2009, dem absoluten Krisenquartal, ist die M+E-Produktion in den EU-Ländern einheitlich um fast 30 Prozent abgestürzt.
- Dabei haben aber die deutschen Metall- und Elektro-Unternehmen ihre Beschäftigung nur um 0,9 Prozent reduziert – in den EU-27-Staaten war der Beschäftigungsabbau (mit minus 3,3%) fast viermal so hoch.

Man spricht schon vom „Deutschen Beschäftigungswunder“ - in einer Mischung aus Anerkennung und Skepsis.

Welche Leistung dahinter steckt, möchte ich Ihnen an einer anderen Zahl verdeutlichen: Hätten unsere Betriebe in den ersten elf Monaten des vergangenen Jahres ihre Belegschaften eins zu eins an das niedrigere Produktionsvolumen angepasst, hätten sie die vorhandenen Bestellungen auch mit 24 Prozent weniger Mitarbeitern erledigen können. Das heißt in Kopfbzahlen übersetzt: Für rund 870.000 Arbeitnehmer der M+E-Industrie gab es faktisch keine Aufträge. Dennoch haben die Firmen ihre Beschäftigung nur um 105.000 verringert und die restlichen 765.000 Stellen erhalten. Das ist eine Leistung, auf die wir stolz sein können.

Dieses kleine Beschäftigungswunder hat freilich Voraussetzungen und Folgen.

Möglich wurde es nur,

- weil unsere Betriebe sämtliche Anpassungsmöglichkeiten genutzt haben, die ihnen unsere modernen und flexiblen Flächentarifverträge bieten;

- weil die Tarifparteien konstruktiv und pragmatisch zusammengearbeitet haben – im Sinne eines sozialpartnerschaftlichen Krisenmanagements;
- und weil wir – unterstützt von der Politik – das Instrument der Kurzarbeit einsetzen konnten, um die Schockwellen der Krise zu dämpfen.

Die Folge davon ist eine dramatische Unterauslastung unserer Betriebe. Wo unsere Kapazitäten im Normalfall zu knapp neunzig Prozent ausgelastet sind, sind sie es jetzt nur zu 70 Prozent – das ist ein historischer Tiefstwert.

Viele Betriebe haben die Krise nur überstanden, weil sie ihre Produktion heruntergefahren und die Lagerbestände reduziert haben. Aber auch leere Lager und stille Produktionshallen verschlingen permanent Geld, denn Abschreibungen, Zinsen, Tilgungen laufen weiter. Ich kann eine Halle, die nur zur Hälfte ausgelastet ist, nicht einfach zur Hälfte abreißen, Maschinen kosten auch dann den vollen Preis, wenn sie nur mit halber Kraft laufen.

Und: Kurzarbeit kostet die Unternehmen selbst im günstigsten Fall immer noch viel Geld – und zwar fast doppelt so viel, wie die Beschäftigten an Einbußen hinnehmen müssen (5 Mrd. € vs. 3 Mrd. €). Wahr ist, dass uns die Politik den Einsatz dieses Instruments erleichtert und verbilligt hat. Doch selbst bei maximaler Unterstützung durch die Bundesagentur für Arbeit werden die Betriebe immer noch mit 25 Prozent der Personalkosten belastet. Das heißt: Auch wenn ein Kurzarbeiter untätig zu Hause sitzt, kostet er das Unternehmen ein Viertel seines normalen Gehalts – weil der Arbeitgeber den vollen Lohn z.B. für Urlaubs- oder Feiertage sowie das Weihnachts- und das zusätzliche Urlaubsgeld weiterzahlen muss.

All das hat die finanziellen Reserven der Unternehmen aufgezehrt, das Eigenkapital abgeschmolzen, die Liquidität verknappt.

Umgekehrt sind die Möglichkeiten, Kosten zu senken, begrenzt. Gerade in der Krise muss ein Unternehmen in seine Zukunftsfähigkeit investieren: Wer neue Produkte und Märkte erobern will, darf seine Entwicklungsanstrengungen nicht zurückfahren, sondern muss sie noch ausbauen. Und wer seine Kunden halten oder sich neue Absatzmöglichkeiten erschließen will, darf am Vertrieb nicht sparen. Wer sämtliche finanziellen Mittel zur Beschäftigungssicherung einsetzt, dem fehlt am Ende das Geld, um innovativ und wettbewerbsfähig zu bleiben. Und das kann sich heutzutage kein Unternehmen mehr leisten. Wer im Wettlauf um Innovationen, um neue Produktionsmethoden oder neue Produkte einmal stehen bleibt, kann froh sein, wenn

er überhaupt die Ziellinie erreicht. Auf das Siegertreppchen kommt er aber auf keinen Fall.

Im Krisenjahr 2009 – daran sei noch einmal erinnert – sind die Tarifentgelte in unserer Branche um 4,2 Prozent gestiegen (Jahresdurchschnitt: 3%), die Einmalzahlung zu Beginn noch gar nicht eingerechnet. Nimmt man alles zusammen – die tarifliche Entgelterhöhung, die Kosten der Unterauslastung und der Kurzarbeit sowie die drastischen Produktivitätseinbußen – so hat dies die Lohnstückkosten um 21 Prozent, also um mehr als ein Fünftel in die Höhe getrieben (Jan-Nov 2009 vs. 2008). Das ist vielen Unternehmen an die Substanz gegangen und ein Grund dafür, dass unsere Industrie insgesamt 2009 erstmals in der Nachkriegsgeschichte in die Verlustzone rutschen wird. Der schleichende Abfall von Produktivität ist eine der verhängnisvollsten Folgen von Unterauslastung. Hier setzt auch die Skepsis ausländischer Beobachter an, die schnelle und klare Kapazitätsschnitte für die sicherere Überlebensstrategie der Betriebe halten.

3 Kurzarbeit

Sehr geehrte Damen und Herren,

bisher haben die Unternehmen der Metall- und Elektro-Industrie Arbeitsplätze in einem Ausmaß gehalten, das immer mehr Unternehmen existenziell bedroht – weil es Liquidität kostet und Eigenkapital vernichtet.

In den kommenden Wochen werden in tausenden von Unternehmen die Weichen gestellt: Die Unternehmen legen nicht nur ihre Investitionspläne fest, sondern entscheiden auch über ihre Personalplanung. Viele fragen sich: Trägt die Brücke der Kurzarbeit weiter? Kann ich meine Belegschaft halten oder nicht? Sind unabhängig davon Strukturanpassungen nötig?

Denn für viele Betriebe haben sich auch Marktsegmente und Wettbewerbsverhältnisse in der Krise verschoben. Im Kern geht es um die Frage, ob wir nach einer nun ein- bis eineinhalbjährigen Zeitspanne der extremen finanziellen Rosskur unserer Betriebe weiterhin Arbeitszeitverkürzung zwecks Erhaltung der Arbeitsplätze oberste Priorität geben dürfen.

Die IG Metall sieht dies so und wir Arbeitgeber haben diese Linie im Schulterschluss und wo immer irgendwie möglich mitgetragen, sie gegenüber Gesellschaft, Politik

und Kapitalgebern gemeinsam vertreten. Wir sind uns in unserer Branche auch für die nächsten beiden Jahre darin einig, dass der Erhalt von Arbeitsplätzen für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft höchsten Stellenwert hat und auch für unsere Betriebe ein ganz hohes Gut ist.

Allerdings müssen wir jetzt verstärkt auch damit beginnen, gemeinsam deutlicher auf die Grenzen von Arbeitszeitverkürzung als Mittel für Arbeitsplatzerhalt zu achten: Es darf nicht zu unterbliebenem Strukturwandel kommen, keine Verkrustungen dürfen entstehen. Im Spagat zwischen notwendiger ökonomischer Leistungsfähigkeit und sozialpolitischer Aufgabenstellung darf man die Betriebe nicht überfordern. Deshalb ist der Denkansatz auch richtig, den Betrieben in dieser weltumspannenden Krise zumindest ab 7. Monat die Sozialabgaben auf Kurzarbeitergeld zu erlassen. Dies hat mit Unternehmenssubventionen nichts zu tun.

Auch die IG Metall hat erkannt, dass einbrechende Produktivität der höchste Preis für jede Form der Unterauslastung ist. Deshalb muss man in Zeiten der Unterauslastung Betriebe von Kosten entlasten und darf entsprechende Prozesse nicht erschweren. Genau diese differenzierende Denk- und Verhaltensweise ist erforderlich, um die Krise zu bestehen. Solange diese noch umfassend besteht, muss die ganze Gesellschaft in der Form von Beitrags- und Steuerzahlern sich angemessen an dem Kosten beteiligen – danach bleibt dies allein Aufgabe der Betriebe, der Betriebsparteien und gegebenenfalls auch der Tarifpartner.

Ein zentral wichtiges Instrument bleibt die Kurzarbeit. Die Unternehmen können auch im gesamten Jahr 2010 noch Neuanträge für die verlängerte Kurzarbeit stellen – allerdings nur noch für eine Zeitspanne von 18 Monaten, und die Befreiung von den Sozialabgaben auf das Kurzarbeitergeld ist nach jetzigem Stand auch nicht für die gesamte Laufzeit, sondern nur bis Ende 2010 vorgesehen.

Das muss nach unserer Meinung korrigiert werden: So lange ein Unternehmen Kurzarbeit macht, muss es auch von den Sozialabgaben auf Kurzarbeit befreit werden. Beides, die Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes und die Befreiung von den Sozialversicherungsbeiträgen, muss synchron laufen. Für uns ist die gesetzliche Kurzarbeit nur dann sinnvoll, wenn die Befreiung von den Sozialversicherungsbeiträgen ab dem 7. Monat bestehen bleibt.

Denn sonst würden ausgerechnet jene Betriebe bestraft, die es bisher ohne Kurzarbeit geschafft haben – sie erhielten künftig schlechtere Konditionen. Und es

wäre kein gutes Signal an die Unternehmen, die in diesen Wochen überlegen, ob sie die Kurzarbeit noch einmal verlängern können oder sich langsam von dem Instrument verabschieden müssen, weil es zu teuer wird.

4 Tarifpolitik

Es gibt aber auch eine Reihe von Betrieben, die bereits jetzt an die Grenzen der Kurzarbeit kommen – zeitlich oder finanziell.

Wie Sie wissen, hat die IG Metall vorgeschlagen, unseren Tarifvertrag Beschäftigungssicherung (kurz: *TV Besch*) für die Betriebe in der Krise besser nutzbar zu machen. Bisher dürfen die Betriebsparteien Arbeit und Einkommen proportional um bis zu 15 Prozent kürzen (auf 29 bzw. 30 Stunden im Westen und 33 Stunden im Osten) – im Gegenzug erhalten die Beschäftigten eine Job-Garantie.

Eine Öffnung des TV Besch im Sinne einer weitergehenden Arbeitszeit-Verringerung – zum Beispiel auf 26 Stunden im Westen – wäre sicher sinnvoll. In einer Zeit, in der sich die Betriebs- und Branchenkonjunktoren immer weiter ausdifferenzieren, würde das den Handlungsspielraum unserer Unternehmen vergrößern und sie von Kosten entlasten. Denn diese tarifliche Form der Kurzarbeit ist kostengünstiger, flexibler und mit weniger bürokratischem Aufwand einsetzbar als die gesetzliche Kurzarbeit. Auch für die Beschäftigten lohnt sich dies: Anders als bei der gesetzlichen Kurzarbeit erhalten sie hier eine verbindliche Beschäftigungszusage, deren Wert für Arbeitnehmer und deren mögliche Last für die Betriebe in diesen Zeiten nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.

Nun sagt die IG Metall, die Arbeitnehmer könnten die mit einer stärkeren Arbeitszeit-Verringerung verbundenen Entgeltkürzungen nicht verkraften – und will deshalb die Einbußen durch einen Zuschuss mildern. Dieses Argument können wir zwar nachvollziehen. Dennoch wäre ein solcher Teillohnausgleich schwierig, wenn nicht gar kontraproduktiv, denn wir dürfen unseren Betrieben keine neuen Belastungen aufbürden: Man sichert Arbeitsplätze nicht dadurch, dass man sie teurer macht.

Um die Betriebe vor Mehrkosten zu schützen, die weitere Arbeitsplätze gefährden würden, gibt es deshalb Überlegungen, einen dritten Finanzier ins Boot zu holen: die Bundesagentur für Arbeit. In welcher Form das geschehen könnte (Erstattung der SV-Beiträge auf Teillohnausgleich oder kleines KuG), darüber wird zurzeit diskutiert.

Aufgrund dieser ersten Überlegungen, über die oft etwas kurzatmig in den Medien berichtet wurde, hat man uns Tarifparteien vorgeworfen, wir wollten uns auf Kosten der Allgemeinheit unserer Beschäftigungsverantwortung entledigen und riefen nach einer Dauersubvention für eine einzelne Branche.

Das ist ein Missverständnis, denn das genaue Gegenteil ist der Fall:

- Wir wollen keine neue Leistung schaffen, sondern eine bestehende für die Dauer der Krise erweitern.
- Außerdem soll die attraktivere tarifliche Kurzarbeit nicht zusätzlich, sondern alternativ und optional zur gesetzlichen Kurzarbeit gelten.
- Die Bundesagentur für Arbeit würde im Saldo entlastet, weil sie für die tarifliche Kurzarbeit geringere Zuschüsse zahlen müsste als für die gesetzliche. Je stärker unsere tarifliche Kurzarbeit in Anspruch genommen würde, umso stärker würden alle Wirtschaftszweige davon profitieren, nicht nur unsere Branche.
- Auch die vereinzelt geäußerte ordnungspolitische Kritik an der Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge auf Kurzarbeit halten wir für nicht gerechtfertigt. Es kann doch nicht sein, dass wir Arbeitgeber Sozialabgaben auf gar nicht geleistete (und auch nicht vergütete) Arbeit zahlen sollen. Die Erstattung der Sozialbeiträge ist deshalb keine neue Subvention, sondern die längst überfällige Korrektur einer systemwidrigen Belastung – leider erst vom 7. Monat an.

5 Gespräche mit der Politik

Wir haben über beide Themen – die verlängerte Abgabefreiheit für gesetzliche Kurzarbeit und die Möglichkeit, die tarifliche Kurzarbeit durch die Bundesagentur zu unterstützen – bereits mit der neuen Bundesarbeitsministerin gesprochen. Das war ein offenes erstes Gespräch. Mein Eindruck ist, dass Frau von der Leyen Verständnis für die Sorgen und Bedürfnisse unserer Unternehmen hat – und vor allem auch um die Bedeutung für den gesellschaftlichen und sozialen Zusammenhang weiß.

6 Sondierungsgespräche

Sie wissen, dass Gesamtmetall und IG Metall derzeit Sondierungsgespräche darüber führen, ob und wie wir in der schwierigen wirtschaftlichen Situation die Zukunftsfähigkeit der Betriebe sichern und möglichst viele Arbeitsplätze durch die Krise retten können.

Manch einer von Ihnen hat gefragt, ob es denn nicht sinnvoll wäre, diese Gespräche gleich mit der nächsten Tarifrunde zu verknüpfen – wohl auch, weil einzelne Gewerkschafter schon begonnen haben, über etwaige Verteilungsspielräume zu spekulieren. Dazu kann ich nur sagen: Es wäre fatal, wenn der Eindruck entstünde, wir befänden uns wenige Monate vor einer traditionellen Tarifrunde, und es gehe jetzt nach dem üblichen Muster um das Aufstellen von Forderungen und Gegenforderungen.

Zwar läuft Ende April unser Entgelt-Tarifvertrag aus – aber angesichts der schlimmen Lage sind die normalen Argumentations- und Verhaltensmuster absurd. *Business as usual* wird der aktuellen Ausnahmesituation nicht gerecht. Wir würden weder in der Politik noch in der Öffentlichkeit Verständnis dafür finden – das ist beiden Seiten auch klar.

Ziel aller Bestrebungen muss es vielmehr sein, unser im vergangenen Jahr begonnenes gemeinsames sozialpartnerschaftliches Krisenmanagement noch für ein bis zwei Jahre fortzusetzen. Die bisherigen Erfolge sind ermutigend und sind zugleich eine Verpflichtung.

Um sehr offen weitere Möglichkeiten ausloten zu können, haben wir mit der IG Metall vereinbart, uns zu den Inhalten oder Zwischenständen der Sondierungsgespräche nicht zu äußern. Ich verstehe, dass das für Sie nicht befriedigend ist, bitte Sie aber um Verständnis. Es geht manchmal einfach nicht anders.

7 Ausblick

Uns allen ist klar: Unsere Welt verändert sich. Die Krise wird den Wandel in den Branchen der M+E-Industrie noch beschleunigen. Es werden neue Wettbewerbsverhältnisse entstehen. Einige Betriebe werden dabei auf der Strecke bleiben, viele andere werden aus diesem Wandlungsprozess stärker und mit noch besseren Arbeitsplätzen hervorgehen.

Jedes Unternehmen muss dies aus eigener Kraft leisten. Das kann uns die Politik nicht abnehmen. Und wir können die Krise auch nicht durch den massiven Einsatz von Kurzarbeit einfach aussitzen. Die unverzügliche Reaktion auf sich ändernde Marktbedingungen ist eine originäre unternehmerische Aufgabe, und um diese zu erfüllen, brauchen wir als Unternehmer die notwendige Handlungsfreiheit. Nur so können wir uns reorganisieren und neu aufstellen und dadurch unsere Betriebe – und die Arbeitsplätze – zukunftsfest machen. Ich bin sicher, dass dabei auch ein neuer Zusammenhalt zwischen Unternehmen, Belegschaften und Arbeitnehmervertretungen wachsen wird.

Das heißt aber auch: Keine Form der Kurzarbeit darf dazu führen, dass die Handlungsspielräume der Betriebe beschnitten werden. Wenn sich ein Unternehmen von Mitarbeitern trennen will, weil es für sie keine Beschäftigungsperspektive mehr sieht oder weil es die Unterauslastung nicht länger finanzieren kann, muss das auch künftig möglich bleiben. Wir dürfen keinen Betrieb an notwendigem Personalabbau hindern – und sollten deshalb auch niemanden öffentlich an den Pranger stellen. Sonst riskieren wir Verkrustungen, die die Betriebe viel Liquidität kosten und sie im Wettbewerb zurückwerfen.

Ich will aber meine Ausführungen nicht in Molltönen ausklingen lassen. Denn Tatsache ist: Unsere Industrie macht Technologie, und ohne die wird die Welt nicht überleben können. Das ist Anspruch und Programm. Unsere Unternehmer und unsere Belegschaften dürften sich Selbstvertrauen leisten. Bisher hat noch jeder Aufschwung in Deutschland seinen Ursprung in der weltweiten Orientierung unserer Industrie gehabt. Wir haben Ernst damit gemacht, den politischen Entwurf der letzten Jahrzehnte auch in wirtschaftliche Wirklichkeit umzusetzen: Europa ist unser Binnenmarkt.

Unsere mittel- und langfristigen Perspektiven sind gut – es gilt jetzt, eine schwierige Durststrecke zu überwinden.